



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegegerats

Editorial

Deutscher Pflegepreis an Karl-Josef Laumann

Der Deutsche Pflegepreis wird vom Deutschen Pflegegerat (DPR) seit 1999 vergeben. Preisträger im Jahr 2018 ist Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Karl-Josef Laumann hat als erster Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung und zugleich Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium die Pflegepolitik in der letzten Legislaturperiode geprägt und ihr eine starke Stimme gegeben. Er hört zu, was die professionell Pflegenden zu sagen haben. Er anerkennt und wertschätzt die Arbeit der Pflegenden mit einem aufrichtigen Blick für deren Bedürfnisse. Das zeichnet ihn als Mann für die Pflege aus.

Karl-Josef Laumann hat Meilensteine in der Pflege gesetzt; sei es bei der Entbürokratisierung der Pflegedokumentation, beim Pflegeberufegesetz, für die Mitbestimmung der Pflegefachpersonen in Pflegekammern sowie für mehr Pflegekräfte und eine bessere Bezahlung. Er ist ein würdiger Preisträger des Deutschen Pflegepreises. Die Pflege in Deutschland ist dank ihm ein gutes Stück vorangekommen.

Übergeben wurde der Deutsche Pflegepreis des DPR zusammen mit dem Freundespreis der Pflege, dem Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe, dem BGW Nachwuchspreis, dem HARTMANN Pflegepreis sowie dem Preis „Botschafter der Pflege“ im Rahmen einer festlichen Gala kurz vor dem Deutschen Pflegetag 2018. Die Laudatio auf Karl-Josef Laumann hielt der letztjährige Preisträger, Prof. Dr. Michael Isfort vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung (DIP).

Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Digitale Pflege in Deutschland?

Kaum eine Diskussion im Gesundheitsbereich kommt derzeit am Thema Digitalisierung vorbei. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD will die elektronische Patientenakte für alle Versicherten. Die pflegerische Versorgung soll mit den Möglichkeiten der Digitalisierung weiterentwickelt werden, so dass sowohl Pflegekräfte als auch pflegebedürftige Menschen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie neue technische Anwendungen besser nutzen können. Dazu gehören auch, die Pflege in die Telematikinfrastruktur einzubeziehen. Soweit der Koalitionsvertrag.

Bisher kratzen wir nur am Potenzial der Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Das zeigt auch der kürzlich geäußerte Vergleich eines Kassenvertreters, der gar den Berliner Eckkneipen einen höheren technischen Digitalisierungsgrad zuschreibt als manchen Krankenhäusern. Natürlich hinkt ein solcher Vergleich, aber dennoch: Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich benötigt eine klare Richtung. Und im Mittelpunkt der Digitalisierung müssen die professionell Pflegenden stehen. Sie sind es, die an den wesentlichsten Schnittstellen dazu beitragen, dass die Pflege gelingt.

Die Fehler der letzten Legislaturperiode, in der der Bundesgesetzgeber die professionell Pflegenden „vergessen“ hat, müssen umgehend korrigiert werden. Das betrifft das E-Health-Gesetz. Die Pflege braucht mehr als die ihr zugebilligten Leserechte. Wer die Digitalisierung mit ihren Chancen voranbringen will, der braucht die professionelle Pflege als Mitentscheider im Boot.

Irene Maier
Vize-Präsident des Deutschen Pflegegerats (DPR)



Die Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen muss neu geregelt werden.

© alvarez / Getty Images / iStock

Forderungen an die neue Bundesregierung

Aufgaben neu verteilen

Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), forderte auf dem Deutschen Pfl egetag, der Pflegepolitik in Deutschland oberste Priorität zuzuordnen. Sonst könne im Jahr 2030 die pflegerische Versorgung nicht mehr mit gutem Gewissen aufrechterhalten werden.

Die neue Bundesregierung muss der Pflegepolitik die höchste Priorität zuordnen. Diese Legislaturperiode wird darüber entscheiden, ob wir die Krise in der Pflege bewältigen und den pflegerischen Herausforderungen der Zukunft begegnen können. Und diese Zukunft kommt bald es ist keine Zeit zu verlieren. Wenn jetzt nicht entschieden gehandelt wird, dann kann demnächst die pflegerische Versorgung in Deutschland nicht mehr aufrechter-

halten werden. Die Personalsituation in der Pflege kippt. Vielerorts können Fachkraftstellen nicht mehr besetzt werden. Die Nachfrage nach Pflegeleistungen übersteigt in Teilen bereits heute das mögliche Angebot..

Wenig Reformen für die professionell Pflegenden

In der Pflege wurde in der letzten Legislaturperiode viel an Reformen umgesetzt. Allerdings wurden die beruflich

Pflegenden dabei stark vernachlässigt. Wichtige Reformprojekte wie die Ausbildungsreform wären beinahe gescheitert bzw. wurden durch Kompromisse abgeschwächt oder werden sich, siehe die für das Jahr 2020 geplante Personalbemessung in der Langzeitpflege, erst in Jahren auswirken. Mit Blick auf die professionell Pflegenden ist auch der neue Koalitionsvertrag leider wenig konkret bzw. weder finanziell noch strukturell ordentlich abgesichert. Potenzial bietet der Vertrag an einigen Stellen dennoch. Dazu gehört der präventive Hausbesuch wie auch das Ziel, flächendeckend eine gerechte Vergütung in der Pflege zu schaffen. Weiter plant die Regierung, die Arbeitsbedingungen in der Pflege so attraktiv zu machen, dass ausreichend

Menschen den Pflegeberuf ergreifen und beibehalten. Das alles muss aber noch ausdifferenziert und in Gesetzesform gebracht werden.

Masterplan für die neue Legislaturperiode

Für die Bewältigung der Zukunftsaufgabe Pflege braucht es in dieser Legislaturperiode wesentlich konkretere Schritte und ein Gesamtkonzept, einen Masterplan, der das bisherige Drehen an einzelnen Stellschrauben ersetzt. Ein solcher Masterplan muss gemeinsam mit den relevanten Akteuren und unter Beteiligung aller für die Pflege relevanten Regierungsressorts entwickelt werden.

Deutschland braucht rasch eine spürbare Entlastung bei der Arbeitsbelastung der professionell Pflegenden. Hier muss geklotzt und nicht gekleckert werden.

Besonders dringenden Handlungsbedarf gibt es bei der Personalausstattung. Es gilt, den Exodus aus dem Beruf zu stoppen und die Arbeitsbedingungen so zu verbessern, dass Teilzeitarbeitende wieder mehr Stunden pro Woche arbeiten wollen und auch können. Wir müssen in den qualifizierten Nachwuchs in-

vestieren, insbesondere im Bereich der Ausbildung an Hochschulen.

Jeweils 50.000 Mitarbeiter benötigt

Die im Koalitionsvertrag festgelegten 8.000 neuen Fachkraftstellen im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlungspflege in den Pflegeheimen, finanziert durch Mittel der Gesetzlichen Krankenversicherung, reichen bei weitem nicht aus, um den Fachkräftemangel zu beheben. Im Rahmen eines Sofortprogramms muss der zügige Aufbau von jeweils 50.000 Stellen in den Krankenhäusern und Pflegeheimen erfolgen. Das ist unsere Forderung.

Erforderlich sind auch rasche Fortschritte bei der Implementierung des Pflegeberufgesetzes. Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung muss umgehend dem Deutschen Bundestag zugeleitet werden.

Mehr Mut zu grundlegenden Veränderungen

Generell wünschen wir uns von der Bundesregierung mehr Mut zu grundlegenden Veränderungen – wie zum Beispiel

beim Thema Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen. Die bestehenden Kompetenzen der Profession Pflege gilt es besser als bisher zu nutzen.

Der Gesetzgeber muss aktiv werden. Er muss konsequenter als bisher für die professionell Pflegenden eintreten. Hier gilt es neues Vertrauen aufzubauen. Die professionell Pflegenden müssen sich darauf verlassen können, dass es der Gesetzgeber mit den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ernst meint. Gleichmaßen müssen auch die Arbeitgeber, Kostenträger, Kommunen und auch die Führungskräfte in der Pflege aktiv werden.

Gemeinsames Anliegen muss es sein, die Rahmenbedingungen der pflegerischen Arbeit so zu verbessern, damit der eigentlich attraktive Pflegeberuf wieder als eine gute Option bei der Berufswahl mit Karrierechancen wahrgenommen wird.

Der Deutsche Pflegerat wird darauf drängen und daran mitwirken, dass wir zu guten und nachhaltigen Lösungen für eine gute und sichere Pflege kommen.

www.deutscher-pflegerat.de

NATIONALER AKTIONSPLAN

Gesundheitskompetenz der Pflegenden stärken

Der Nationale Aktionsplan Gesundheitskompetenz erkennt richtigerweise, dass die professionell Pflegenden eine wesentliche Rolle im Gesundheitswesen spielen, betonte Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), bei der Vorstellung des Aktionsplans in Berlin. „Die Kommunikation ist eines der stärksten Instrumente zur Erreichung von Gesundheitskompetenz. Die professionell Pflegenden tragen dabei eine entscheidende Rolle. Sie sind es, die tagtäglich in der direkten Kommunikation mit den Angehörigen, Patienten und Pflegebedürftigen stehen. Die Kompetenz der professionell Pflegenden gilt es weit stärker zu nutzen, als dies heute getan wird. Der Rollenwandel innerhalb der Gesundheitsberufe muss viel mehr als bisher im Sinne einer Kompetenzorientierung vollzogen werden. Das erfordert auch eine Weiterqualifikation anderer Gesundheitsprofessionen.

Der Fokus der Gesundheitskompetenz muss jedoch gleichermaßen nach innen gerichtet sein. Eine zentrale Aufgabe auch des Nationalen Aktionsplans Gesundheit muss es daher sein, die Gesundheitskompetenz der professionell Pflegenden und der pflegenden Angehörigen selbst zu stärken. Angesichts der hohen Arbeitsbelastungen und Ausfallzeiten der professionell Pflegenden als auch der pflegenden Angehörigen müssen wir viel früher als es heute üblich ist, dafür sorgen, dass beide Gruppen gesund bleiben.“

Auf bis zu 15 Milliarden Euro im Jahr beziffern die Experten die Mehrausgaben, die durch unzureichende Gesundheitskompetenz in Deutschland entstehen. Erstellt wurde der „Nationale Aktionsplan Gesundheitskompetenz“ von einem Expertenteam aus Wissenschaft

und Praxis um Doris Schaeffer und Ullrich Bauer von der Universität Bielefeld, Klaus Hurrelmann von der Hertie School of Governance sowie Kai Kolpatzik vom AOK-Bundesverband. Diese betonen, dass Gesundheitskompetenz nur bei jedem Zweiten in Deutschland vorliegt. Dagegen will man mit dem Aktionsplan vorgehen.

Der Plan umfasst 15 Empfehlungen in den fünf Obergruppen: Die Gesundheitskompetenz in allen Lebenswelten fördern, das Gesundheitssystem nutzerfreundlich und gesundheitskompetent gestalten, Gesundheitskompetent mit chronischer Erkrankung leben sowie Gesundheitskompetenz systematisch erforschen.

www.nap-gesundheitskompetenz.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Forderungen des DHV aufgenommen

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD beinhaltet die Umsetzung von drei Hauptzielen des Deutschen Hebammenverbandes e.V. (DHV). Seit Jahren verweist der Verband auf die zunehmende Verschlechterung der Geburtshilfe in Deutschland und fordert die zügige Umsetzung der Akademisierung der Ausbildung. Nun sollen in der kommenden Legislaturperiode die flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe sowie eine qualitativ hochwertige Geburtshilfe sichergestellt werden. Zudem soll die Berufsausbildung zur Hebamme entsprechend einer EU-Vorgabe akademisiert werden.

„Nach jahrelangem Ringen für eine bessere Geburtshilfe in Deutschland freuen wir uns sehr über die Aufnahme unserer Themen in den Koalitionsvertrag“, betonte hierzu Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes. „Mit der flächendeckenden Versorgung, einer hohen Qualität der Geburtshilfe und der Akademisierung des Berufsstandes sollen gleich drei unserer wichtigsten Ziele in der neuen Legislaturperiode umgesetzt werden. Das unterstreicht die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Hebammen.“ Der DHV hat in den letzten Monaten in intensiven Gesprächen mit den Parteien und auf bundesweiten Veranstaltungen immer wieder auf die prekäre Situation von Hebammen und Schwangeren hingewiesen.

www.hebammenverband.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Expertengruppe formuliert Manifest

„Mit Eliten pflegen“

Das „Sofortprogramm Pflege“ im Koalitionsvertrag von Union und SPD reicht nach Meinung einer von der Robert Bosch Stiftung GmbH einberufenen Expertengruppe nicht aus, um den Pflegenotstand abzuwenden. Im Manifest „Mit Eliten pflegen“ wird das deutlich ausgesprochen.

Um genügend Fachpersonal für die Pflege zu gewinnen, müsse der Beruf insgesamt attraktiver werden und bessere Karrierechancen bieten. Dies könne nur gelingen, wenn den professionell Pflegenden mehr und auch neue Verantwortungen übertragen werden, beispielsweise durch die geregelte Übernahme von ärztlichen Aufgaben der Primärversorgung im ländlichen Raum und mehr professionelle Autonomie bei allen Interventionen, die pflegerische Fachexpertise verlangen.

Bild der Pflege ändern

„Wir brauchen dringend attraktivere Karrierewege in der Pflege. Dazu müssen wir das gesellschaftliche Bild der professionell Pflegenden ändern, das im Moment häufig darin besteht, gebrechliche Menschen umzulagern und Essen zu reichen“, sagte Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR) und Mitglied der 40-köpfigen Expertengruppe der Robert Bosch Stiftung, bei der Vorstellung des Manifests „Mit Eliten pflegen“ in Berlin.

Das Manifest zeige, wie die Pflege sich weiterentwickeln muss und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig seien. In den vergangenen Jahrzehnten sei das Umfeld der medizinischen und pflegerischen Behandlung und Versorgung bei Pflegebedürftigkeit erheblich komplexer geworden. Hinzu komme, dass der Bedarf an pflegerischer Leistung in den kommenden Jahren rasant ansteigen werde. Die Versorgungsqualität hänge daher vor allem von der personellen Aufstellung in der professionellen Pflege und deren Qualifikation ab. „Deutschland benötigt nicht nur mehr Fachpersonal in der professionellen Pflege, sondern auch deutlich mehr akademisch

qualifizierte Pflegefachpersonen in der direkten Versorgung“, so Wagner weiter. Bereits 2012 habe der Wissenschaftsrat deshalb eine Akademisierungsquote für die Pflege von 10–20% empfohlen. Davon sei Deutschland aktuell weit entfernt.

Mehr Verantwortung für Pflegende

Eine zentrale Forderung der Experten: Pflegefachpersonen soll die Verantwortung übertragen werden, die ihrer Qualifikation als Fachpersonal entspricht. Vor allem die professionell Pflegenden können einschätzen, was pflegebedürftige Menschen zur Bewältigung ihrer Situation benötigen. Sie müssen daher auch befugt sein, Versorgungsbedarfe festzusetzen und Maßnahmen der häuslichen Krankenpflege festzulegen.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Dort könne eine Pflegefachperson hausärztliche Routineaufgaben übernehmen. Dies sei in vielen Ländern längst üblich.

Es sei an der Zeit, dass Deutschland auch in der Pflege zu internationalen Standards aufschließe. Gerade was die Akademisierung anbetreffe, liege man jedoch derzeit weit hinter vielen Ländern zurück.

www.bosch-stiftung.de